



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 23.06.2015

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 02.06.2015, 17:21 Uhr bis 19:06 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU	1. stellvertretende Vorsitzende
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	stellvertretend für Frau Bercher-Hiss
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	stellvertretend für Herrn Koberg
------------------------	-----------	----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD	
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK	
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Herr Matthias Pergande	FDP	
Herr Helmut Jung	CDU	

Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Stephanie Brimmer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Rainer Liebmann	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
Frau Anke Ludwig	Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Guido Motter	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Gäste

Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt (zu TOP 1.1 bzw. 1.1.1)
Herr Professor Dr. Dipl. Ing. Ulrich Königs	Büro Königs Architekten Köln (zu TOP 4.7)
Herr Dr. Stephan Anhalt	Leiter des Botanischen Gartens Köln (zu TOP 4.7)
Herr Ralf Jülich	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (zu TOP 4.7)
Herr Georg Klein	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (zu TOP 4.7)
Herr Axel Rostek	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (zu TOP 4.7)
Herr Johannes Feyrer	Leiter der Berufsfeuerwehr Köln (zu TOP 4.9 und 7.4)
Herr Professor Dr. Dr. Alex Lechleuthner	Leiter des Rettungsdienstes bei der Berufsfeuerwehr Köln (zu TOP 4.9)
Frau Maria Kröger	Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung (zu TOP 5.1, 7.2, und 7.3)
Herr Till Scheu	Stadtplanungsamt (zu TOP 5.2 bis 5.4)
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Koordinationsstelle Klimaschutz (zu TOP 8.2 und 8.3)

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susanne Bercher-Hiss

GRÜNE

Beratende Mitglieder

Frau Maria Blank

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Marco Pagano

SPD

Herr Dieter Koberg

auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie macht auf die Ergänzungen und Absetzungen zur Tagesordnung beider Ausschüsse sowie die anwesenden Gäste¹ aufmerksam und informiert darüber, dass heute mit dem Betriebsausschuss begonnen werde.

- Zum Betriebsausschuss macht sie folgende Anmerkungen:

Zu TOP A Benchmarking Müllabfuhr und Straßenreinigung werde der Geschäftsführer des INFA - Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH Herr Dr. Dornbusch einen Vortrag halten.

Zu TOP 2.1 (Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Verbesserung der Sauberkeit auf den Ringen) sei Herr Vater von den AWB anwesend.

Frau Welcker bittet den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb, Herrn Dr. Dornbusch und Herrn Vater Rederecht einzuräumen.

- Zum Ausschuss Umwelt und Grün macht sie folgende Anmerkungen:

Die Anfragen zu 1.4 und 1.5 werden zur nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 4.7 (Ersatzneubau des Schaugewächshauses im Botanischen Garten) werde der Architekt Herr Professor Königs die Planung vorstellen. Ihm müsse ebenfalls Rederecht eingeräumt werden.

SB Herr Dr. Albach merkt an, dass die FDP-Fraktion die Dringlichkeit zu TOP 4.7 als gegeben betrachte und kein Problem damit habe, über sie zu beraten. Es bestehe aber noch fraktionsinterner Beratungsbedarf, so dass er beantrage, die Vorlage nach Beratung ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Über die Verweisung ohne Votum in den Rat herrscht im Ausschuss Einigkeit.

Ebenfalls könne Herr Dr. Albach nicht über die Vorlagen zu TOP 4.3 und 4.4 ein Votum abgeben, da ihm hierzu noch wichtige Informationen über die finanziellen Rahmenbedingungen fehlten.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende empfiehlt eine Diskussion über die Behandlung der beiden Vorlagen während der Sitzung und fragt, ob der Ausschuss mit den Änderungen der TO einverstanden sei.

Die Vorschläge und Bitten finden allgemeine Zustimmung.

Sie spricht eine Angelegenheit an, die die Niederschrift vom 03.03.2015 betreffe. Der sachkundige Bürger, Herr Boyens, habe gegen die Niederschrift Widerspruch eingelegt, da ein Wortbeitrag von ihm nicht aufgenommen worden sei. Niederschriften geben allerdings nie konkrete Wortlaute, sondern immer nur inhaltlich zusammenfassend den Sinn dessen wider, was gesagt worden sei.

Frau Welcker informiert darüber, dass es sich bei einer Niederschrift um eine Urkunde handle, die nachträglich nicht geändert werden könne. Der Ausschuss könne aber heute feststellen, dass der Wortbeitrag von Herrn Boyens in der Form, wie er ihn am 03.03.2015 gemacht habe und in der Art, wie das Protokoll es vorsehe, in die heutige Niederschrift aufgenommen werde.

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der Niederschrift

SB Herr Boyens verweist auf seine E-Mail, mit dem Text seiner mündlichen Ausführungen. Er lege Wert darauf, dass sich dies wiederfinde.

Die stellvertretende Vorsitzende stellt klar, dass nicht eine wortwörtliche Wiedergabe, sondern eine Zusammenfassung des Inhaltes vom 03.03.2015 aufgenommen werde und fragt die Ausschussmitglieder, ob sie damit einverstanden seien.

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Beginn der Protokollierung aus der Sitzung Umwelt und Grün am 03.03.2015:

In der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün präsentierte die Beigeordnete Frau Reker unter TOP C die Aktivitäten im Klimaschutz der Stadt Köln.

Während der anschließenden Diskussion stimmte SB Herr Boyens zu, dass 2014 das bislang wärmste Jahr gewesen sei. Allerdings stagniere trotz steigendem CO₂ die Globaltemperatur in den letzten 18 Jahren. Die Klimaprozesse seien chaotische, nicht lineare Systeme, die auf Computermodellen und -simulationen beruhten und bis heute experimentell und wissenschaftlich nicht nachgewiesen seien.

Herr Boyens begrüße, dass die Stadt Köln etwas tue, um Energie und Ressourcen zu sparen. Er lege jedoch Wert auf eine ausgewogene, sachliche und differenzierte Darstellung.

Ende der Protokollierung.

Der Ausschuss Umwelt und Grün ist mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zur Seveso-2 Richtlinie
Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.03.2015
AN/0485/2015

1.1.1 Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zur Seveso-2-Richtlinie
Beantwortung der Anfrage
1096/2015

1.2 Einsatz von Holzvollerntern in städtischen Forsten und Grünanlagen
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.04.2015
AN/0599/2015

1.2.1 Einsatz von Holzvollerntern in städtischen Forsten und Grünanlagen
Beantwortung der Anfrage
1186/2015

1.3 Aufbau eines städtischen Ökokontos
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.04.2015
AN/0678/2015

1.3.1 Aufbau eines städtischen Ökokontos AN/0678/2015
Stellungnahme der Verwaltung
1633/2015

1.4 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.05.2015
AN/0848/2015

1.5 Gesamtstädtische Energie- und CO2-Bilanz
Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.05.2015
AN/0855/2015

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 2.1 Abfallplanung
Antrag der FDP-Fraktion vom 20.05.2015
s. TOP 2.2 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb

3 Kommunaler Klimaschutz

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
0280/2015
- 4.2 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
0842/2015
von der Verwaltung zurückgezogen
- 4.3 Pflege- und Entwicklungsplan für das Naturschutzgebiet Kiesgrube Wahn
0479/2015
- 4.4 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung)
N1 (Rheinaue Langel - Merkenich)
N4 (Rheinaue Worringen - Langel)
0712/2015
- 4.5 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Katto-
witzer Straße in Köln-Buchheim; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2012
1039/2015
von der Verwaltung zurückgezogen
- 4.5.1 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Katto-
witzer Straße in Köln-Buchheim
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015
AN/0777/2015
zurückgezogen
- 4.6 Beschaffung von 13 Elektrofahrzeugen für den Friedhofsbereich
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächt-
igungen
1464/2015
- 4.7 Ersatzneubau des Schaugewächshauses im Botanischen Garten
Weiterplanungs- und Baubeschluss sowie Annahme einer Schenkung
0912/2015
- 4.8 Aufstockung der jährlichen Zuwendungen für die NABU-Naturschutzstation
Leverkusen- Köln e.V. ab 2016
1365/2015

- 4.9 Rettungshubschrauberstation Köln-Buchforst
Kostenerhöhungsbeschluss
0484/2015

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens
0255/2015
- 5.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Senkelsgraben in Köln Porz-Lind - Bebauungsplan 77359/04
0475/2015
- 5.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung
0809/2015
- 5.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Nachtigallenstraße in Köln-Porz-Wahn
1337/2015

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse
1061/2015
- 7.3 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015
- 7.4 Brand in der Shell Rheinland Raffinerie Wesseling am 10.05.2015
1515/2015
- 7.5 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 21.05.2015
1477/2015

- 7.6 ÖKOPROFIT im Vergleich zu anderen Umweltmanagementsystemen
1431/2015
- 7.7 Atomtransport durch Kölner Stadtgebiet während des Sturmtiefs "Niklas"
hier: Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln AN/0722/2015 vom
04.05.2015
1583/2015
von der Verwaltung zurückgezogen

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 8.1 Rheinboulevard Köln-Deutz; hier: Reinigungs- und Nutzungskonzept
1570/2015
- 8.2 Beantwortung einer Anfrage von RM Herrn Brust zum Ratsbeschluss vom
20.12.2011
1631/2015
- 8.3 Beantwortung einer Anfrage zur Kampagne "Stadtradeln"
1636/2015

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 12.1 Bedarfsfeststellung für die Überarbeitung der Vereinbarungen mit den Kölner
Tierheimen
1520/2015
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

**1.1 Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zur Seveso-2 Richtlinie
Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.03.2015
AN/0485/2015**

**1.1.1 Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zur Seveso-2-Richtlinie
Beantwortung der Anfrage
1096/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Einsatz von Holzvollerntern in städtischen Forsten und Grünanlagen
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.04.2015
AN/0599/2015**

**1.2.1 Einsatz von Holzvollerntern in städtischen Forsten und Grünanlagen
Beantwortung der Anfrage
1186/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Aufbau eines städtischen Ökokontos
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 /
Die Grünen vom 22.04.2015
AN/0678/2015**

**1.3.1 Aufbau eines städtischen Ökokontos AN/0678/2015
Stellungnahme der Verwaltung
1633/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.05.2015
AN/0848/2015**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.5 Gesamtstädtische Energie- und CO2-Bilanz
Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.05.2015
AN/0855/2015**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Abfallplanung
Antrag der FDP-Fraktion vom 20.05.2015
s. TOP 2.2 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb**

3 Kommunalen Klimaschutz

Hierzu liegt nichts vor.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

**4.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
0280/2015**

SB Herr Becker bittet namens der SPD-Fraktion, die Beschlussvorlage nochmal zurückzustellen, sie in die BV Porz zu verweisen und anschließend wieder dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen.

Er habe sich die Örtlichkeiten angesehen und festgestellt, dass sich rundherum noch Kleingärten befinden. Herr Becker fragt, wie die konkrete Planung aussehe und wie die Umsetzung erfolge, wenn beschlossen werde, dass das Schützenheim abgerissen wird und bittet um Angabe von Kostenaufwand und Zeitplanung.

RM Frau Welcker greift die Fragen ihres Vorredners auf und möchte ebenfalls wissen, in welcher Größenordnung man sich bewege, wenn das Schützenheim aufgegeben werde. Man habe des Öfteren die Erfahrung gemacht, dass solche Grundstücke schwer belastet und entsprechend teuer waren. Sie fragt, ob es Möglichkeiten gebe, sich auch noch an den Verein zu wenden. Ansonsten wolle die CDU-Fraktion sich dem mündlich gestellten Vertagungsantrag anschließen.

SE Herr Schallehn bemerkt, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für die beiden Kostenalternativen interessiere. Er fragt wie hoch die Kosten wären, wenn abgerissen und saniert werde und möchte wissen, wie die Kosten aussähen, wenn eine Alternativlösung im Sinne der interessierten Vereine gefunden und umgesetzt werde. Er signalisiert, dass Bündnis 90 / Die Grünen die Vorlage ebenfalls noch mal zurückstellen wolle.

SB Herr Dr. Albach findet es keine gute Idee, ein Grundstück, wenn es bleibelastet sein sollte, weiterzugeben, anstatt es zu sanieren. Daher sei die Vorlage der Verwaltung absolut zustimmungsfähig. Er bittet um Einschätzung des Bodenschutzes über die Situation vor Ort.

SB Herr Becker ergänzt, dass ihn eine Darstellung der Zeitachse interessiere und er der Verwaltung empfehle, von dem alten Schützenverein noch das Gutachten zu verlangen.

Frau Brammen-Petry informiert darüber, dass es sich um eine kleine Fläche im Vergleich zur Fläche in Ostheim handle. Der Verwaltung liege noch kein Gutachten vor und Bodenuntersuchungen seien bisher noch nicht erfolgt.

Der Verein St. Hubertus sei seit den 20-er Jahren dort gewesen und habe mit Kleinkaliber aus Blei, Großkaliber und Luftgewehren geschossen. Dies unterscheide sich stark zur Situation in Ostheim, wo auf einer Fläche von 4 ha in den Wald geschossen worden sei. Hier handle es sich um etwa 400 m².

Bei einer Sanierung dieser Fläche in einer Höhe von 20 cm kämen schätzungsweise 150 t belastetes Material zusammen, was entsorgt werden müsste, so dass maximal 20.000 € an Entsorgungskosten anfielen. Hinzu kämen noch die Kosten für die Aufnahme, Gutachtenerstellung, Transport des belasteten Materials und die Niederlegung der Gebäude. Insgesamt handle es sich um einen 5 bis 6 stelligen Betrag.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker stellt den mündlich vorgetragenen Verweisungsantrag von SB Herrn Becker zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück, **verweist sie in die Bezirksvertretung Porz** und bittet um anschließende Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 0842/2015

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

4.3 Pflege- und Entwicklungsplan für das Naturschutzgebiet Kiesgrube Wahn 0479/2015

SB Herr Dr. Albach erklärt, er habe mit dieser und der Vorlage zu TOP 4.4 keine inhaltlichen Probleme. Allerdings störe ihn, dass in beiden Beschlusstexten stehe, die Umsetzung der Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung einzuleiten, ohne dass die Kosten bekannt seien. Daher bitte er, die beiden Vorlagen zurückzustellen und die Verwaltung um Angabe der Kosten, gerne auch in Form von Zeit. Ansonsten müsse er leider gegen die beiden Vorlagen stimmen.

RM Herr Dr. Welpmann äußert für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass man der Vorlage zustimmen könne. Gleichwohl müsse er der Aussage seines Vorredners insoweit zustimmen, dass es unbefriedigend sei, einen recht undeutlichen Beschluss

fassen zu müssen. Generell wünsche er sich bei den Pflegeplänen Vorlagen, die etwa der Leistungsphase 3, also einer Entwurfsplanung mit einer Kostenschätzung oder idealerweise einer Kostenberechnung, entsprechen.

Herr Kaune entgegnet, dass Pflege- und Entwicklungspläne schon häufiger in dieser Form dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beschlussfassung vorgelegt worden seien.

Er erläutert, dass ihr Charakter der von Masterplänen für die entsprechenden Gebiete sei und die Maßnahmen sukzessive dort mit Ausgleichs- bzw. Fördergeldern umgesetzt würden. Wichtig sei der Verwaltung, sie dem Ausschuss Umwelt und Grün inhaltlich vorzustellen und zu diskutieren. Bei Einverständnis über die Pflege- und Entwicklungspläne sei die Umsetzung Aufgabe der Verwaltung. Da man die Kosten und den Aufwand kaum beziffern könne und das Geld nicht im Haushalt zur Verfügung stehe, dauere die Umsetzung manchmal sehr lange.

- Zunächst stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende den mündlich gestellten Vertagungsantrag von SB Herrn Dr. Albach zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt die Vorlage zurück in seine nächste Sitzung und bittet um Angabe der Kosten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt sie über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die in der Begründung aufgeführten Inhalte des Pflege- und Entwicklungsplans für das Naturschutzgebiet N 14 „Kiesgrube Wahn“ zur Kenntnis und stimmt den angestrebten Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung einzuleiten sowie die Ergebnisse des Pflege- und Entwicklungsplans bei der Fortschreibung des Landschaftsplanes zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**4.4 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung)
N1 (Rheinaue Langel - Merkenich)
N4 (Rheinaue Worringen - Langel)
0712/2015**

RM Herr Dr. Welpmann beantragt, wie auch schon Herr Dr. Albach unter TOP 4.3, diese Vorlage zu vertagen. Sowohl der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde als auch die Bezirksvertretung Chorweiler hätten noch nicht über die Vorlage beraten können. Bei einer derart wichtigen Sache lege man Wert auf das Votum von Beirat und Bezirksvertretung.

- Die stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt über den von SB Herrn Dr. Albach und RM Herrn Dr. Welpmann vorgetragene(n) Vertagungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt die Vorlage zurück in seine nächste Sitzung mit der Bitte, über sie zunächst im Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde und in der Bezirksvertretung Chorweiler beraten und abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2012
1039/2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

**4.5.1 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015
AN/0777/2015**

Zurückgezogen, da mit 4.5 korrespondiert.

**4.6 Beschaffung von 13 Elektrofahrzeugen für den Friedhofsbereich
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
1464/2015**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 455.000 € im Teilfinanzplan 1303 / Friedhöfe, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002 / Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen (KFZ), Hj. 2015

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Ersatzneubau des Schaugewächshauses im Botanischen Garten Weiterplanungs- und Baubeschluss sowie Annahme einer Schenkung 0912/2015

Herr Kaune berichtet kurz zur Historie der Schaugewächshäuser im Botanischen Garten von Köln.

Das vorhandene Schaugewächshaus wurde im Januar 1955 eröffnet. Während noch alles rundum in Trümmern lag, entstand hier ein tropisches Paradies für die Bevölkerung, das damals zu den modernsten Schaugewächshäusern Europas zählte. Die Lebensdauer dieses Bauwerkes wurde auf 40 Jahre geschätzt.

2003 gab es angesichts des maroden Zustandes eine Diskussion zum Abriss. Der Rat beschloss am 22.05.2003 den dauerhaften Erhalt und einen Neubau. 2004 musste das Schaugewächshaus wegen statischer Probleme geschlossen werden. Im Dezember 2005 wurde es wieder für die Besucherinnen und Besucher geöffnet. Nach erfolgter Ertüchtigung war der Fortbestand für weitere 5 Jahre gesichert.

Am 22.06.2006 nahm der Rat den Planungsentwurf der Architekten Königs zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der Fortführung des Projektes. Die erste Kostenschätzung in Höhe von 5,5 Mio. € erwies sich später als zu niedrig, die erhofften Sponsorengelder von ca. 3 Mio. € wurden nicht eingeworben.

Eine verwaltungsinterne Vorlage in 2011 endete mit 9,6 Mio. € brutto für das Schaugewächshaus. Wegen Haushaltsproblemen wurde die Vorlage nicht zur Beratung in die Gremien gegeben.

Der bauliche Zustand des Gewächshauses verschlechterte sich in 2013 massiv, das Haus musste abermals geschlossen werden. Eine am 04.07.2013 im Ausschuss Umwelt und Grün geforderte gutachterliche Prüfung einer alternativen Sanierung kam zu dem Ergebnis, dass eine Sanierung wirtschaftlich nicht sinnvoll sei und der Ersatzneubau die einzige wirtschaftlich vertretbare Lösung darstelle.

Das Haus wurde im Januar 2014 nach einer aufwendigen Abstützung des Gebäudes wiedereröffnet und erhielt die Betriebserlaubnis für ein Jahr. Die jährlichen Kosten für die Abstützung betragen 56.000 €.

Parallel wurde mit dem Ziel einer Kostenreduzierung die Planung mit Herrn Prof. Königs optimiert. Diese neue Planung sei heute Gegenstand der Beratung.

Im Gegensatz zur damaligen Vorlage sei der 1. Beschlussvorschlag der aktuellen Verwaltungsvorlage um die Orangerie, die mit Kosten von 2,2 Mio. Euro verbunden sei, reduziert.

Herr Kaune informiert den Ausschuss darüber, dass man zusätzlich den Eingangsbereich schlichter gestaltet habe. Außerdem habe man auf die Toiletten verzichtet, da im Gebäude der Flora öffentliche Toiletten vorhanden seien. Die Höhe des Schaugewächshauses sei um 1,40 m reduziert worden.

Daher sei trotz gestiegener Baupreise ein Betrag von 9,11 Mio. Euro brutto im Gegensatz zu 9,8 Mio. Euro im Jahr 2011 erreicht worden. Dies führe, was die Finanzierung betreffe, zu einer realen Belastung von ca. 234.000 € / Jahr für den städtischen Haushalt. Die Abschreibung werde auf 303.000 € festgelegt, wobei noch ein Gutachten erstellt werde, da bei Abschreibungen grundsätzlich von 30 Jahren ausgegangen werde. Die Technik gehe inzwischen von einer Haltbarkeit von 80 Jahren aus, weil die Oberflächenbehandlung heute besser sei, als im Jahr 1955.

Herr Kaune hält fest, dass es keine Alternative zum Neubau gebe. Auch der Rat habe sich 2003 und 2006 für einen dauerhaften Erhalt von Flora und Botanischem Garten und für einen damit verbundenen Neubau des nicht mehr sanierbaren Schaugewächshauses ausgesprochen. Der Freundeskreis Botanischer Garten werde mit einer Schenkung von 380.000 € die Finanzierung der Planungskosten übernehmen. Der Rat beschließt mit dieser Vorlage auch die Annahme der Schenkung.

Auch die Kölner Bürgerinnen und Bürger lieben ihre Schaugewächshäuser, was man an einer Besucherzahl von 150.000 ablesen könne. Sie haben dies im Bürgerhaushalt 2010 unmissverständlich kundgetan, indem sie die Schaugewächshäuser auf den 1. Platz gesetzt haben. Der Freundeskreis sei mit 600 Mitgliedern relativ groß und unterstütze den Garten das ganze Jahr.

Für die Stadt Köln seien die Schaugewächshäuser eine wichtige Umweltbildungseinrichtung und auch ein Pflanzenmuseum, so dass man sich wünsche, auch weiterhin in Köln Schaugewächshäuser zu haben.

Anschließend stellt Herr Professor Königs anhand einer PowerPoint Präsentation die Planung vor.

Er führt aus, dass es gelungen sei, die bereits 2011 vorliegenden Pläne hinsichtlich einer Kostenreduzierung zu optimieren, ohne das Gesamtziel aus den Augen zu verlieren und den Charakter des Gebäudes wesentlich zu verändern.

Er beschreibt noch mal kurz die aktuelle Situation und erklärt, dass Lage und Position des Schaugewächshauses durch den Garten festgelegt seien. Man wolle also das jetzige Schauhaus auf dem gleichen Grundriss ersetzen, ohne wertvollen Baumbestand und die Wegebeziehungen zu verändern.

Die erste wichtige Veränderung zur bisherigen Konstruktion des Schaugewächshauses sei, den Pflanzen den Raum zu geben, der notwendig sei, so dass man eine Höhenanpassung beabsichtige, die den Pflanzen entspreche.

Die zweite Veränderung betreffe die Wegekonfiguration der Gesamtanlage. Diese beginne schon außerhalb des Botanischen Gartens. Herr Professor Königs beschreibe die verschiedenen Wege der Anlage und den Pfad durch verschiedene Themen des botanischen Spektrums. Anhand der Darstellung im Schnitt erläutere er die Überbauung der Betriebsräume auf der Rückseite und die Höhenverhältnisse des neuen Schauhauses.

Herr Professor Königs geht auf 2 Änderungen im Vergleich der heutigen Planungen und der von 2011 ein. Zum einen handle es sich um eine Höhenreduktion von 1,40 m. Damit verbunden seien rechnerisch eine reduzierte Hüllfläche und eine Einsparung von Glas und Stahl, aber auch Betriebskosten, weil das zu beheizende und zu reinigende Volumen abnehme.

Zu anderen reduzierten sich durch die einfachere Gestaltung des Eingangs ebenfalls Kosten.

Beide Veränderungen führten zu einer Reduzierung der reinen Baukosten um ca. 800.000 €. Trotzdem habe man die Option, später – unabhängig von der Realisierung der Schaugewächshäuser – das noch bestehende Subtropenhaus über einen glasgedeckten Gang, in dem temporäre Ausstellungen stattfinden können, mit einer Orangeerie zu verbinden. Dies sei mit Kosten von 2,1 Mio. Euro verbunden.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker bedankt sich bei Herrn Professor Königs für den anschaulichen Vortrag.

RM Frau Möller sieht hinsichtlich des Teils der Kostenreduzierung, der durch die Einsparung der Toiletten erzielt werde, ein Problem. Sie möchte wissen, ob bekannt sei, in welchem Zustand die Toiletten in der Flora seien. Sie betont, dass nach ihrer Erfahrung insbesondere an Tagen mit hohem Publikumsverkehr diese nicht ausreichen und bittet, über eine mögliche Toilettenerweiterung in der Flora nachzudenken. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der Aufwertung der Flora und der beabsichtigten Eintrittsgelder eine wichtige zu klärende Frage.

RM Herr Dr. Gutzeit greift den Einwand von Frau Möller hinsichtlich einer Aufwertung der Flora auf und fragt, ob tatsächlich auf eine Orangerie als kulturhistorisches Element verzichtet werden sollte.

RM Herr Brust fragt zu den Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes bezüglich der energetischen Bauweise, ob – wie vom Rechnungsprüfungsamt vermerkt – Folie oder – wie in der Vorlage angegeben – Doppelglas mit Folie zutreffe. Außerdem bittet er um Nennung eines U-Wertes und um Abschätzung der ungefähren zukünftigen Energiekosten. Durch das größere Volumen könne man aus der Vorlage erkennen, dass die Energieverbräuche stiegen.

RM Frau Stahlhofen kommt auf die Historie der Flora von 1955 zu sprechen, dem Jahr, in dem die Flora wiedereröffnet worden sei. Sie sei Anfang des letzten Jahrtausends als Ensemble Flora und Botanischer Garten gebaut worden. Sie vermisse im neuen Gebäude die Lehrgärten mit einheimischem Obst und Gemüse, was ja Zweck des Botanischen Gartens gewesen sei. Ihr fehle der ursprüngliche Charakter.

SB Herr Dr. Albach ruft die Besichtigung des Tropenhauses in Zürich im Jahr 2006 in Erinnerung. Bereits damals sei das Thema „Baufälligkeit“ den Mitgliedern des Ausschusses bekannt gewesen. Er vergleicht beide Häuser, die in etwa einen gleich großen umbauten Raum haben und die gleiche Bruttogeschossfläche aufwiesen.

Zürich habe für sein Tropenhaus 35 Mio. Franken (ca. 58 Mio. Euro) ausgegeben, so dass er sich frage, ob die Kosten für das Kölner Schaugewächshaus tatsächlich realistisch berechnet worden seien. Zudem hatte Zürich 2006 mit 500.000 zahlenden Besuchern eine wesentlich höhere Besucherzahl.

In diesem Zusammenhang bereite der Sanierungsstau an Schulen ihm große Sorge, da die städtische Gebäudewirtschaft es mit dem vorhandenen Personal nicht schaffe, diesen Stau aufzulösen und man jetzt vielleicht die falschen Prioritäten setze.

Gegen eine Modernisierung sei nichts einzuwenden, aber die jetzigen Planungen seien ihm zu groß.

SE Frau Röttger-Schulz erinnert an die Besprechung zur barrierefreien Gestaltung des Schaugewächshauses und fragt, was sich in dieser Beziehung geändert habe.

Herr Kaune nimmt zu einzelnen Fragen Stellung.

An Herrn Dr. Gutzeit gewandt erläutert er zur Orangerie, dass es Sinn mache, ein geschlossenes Ensemble einschließlich Subtropenhaus und Orangerie zu haben. Man könne dort Pflanzen unterstellen und zusätzliche Ausstellungen durchführen. Die Verwaltung habe jedoch versucht, aufgrund der prekären Haushaltssituation Kosten einzusparen und zunächst die Existenz der Schaugewächshäuser zu sichern.

Er wendet sich an Herrn Dr. Albach und betont, dass es sich um ein High-Tech-Gebäude handle, das mit Technik auf dem aktuellen Stand ausgestattet sei. Er schildert, dass die Pflanzen im jetzigen Schaugewächshaus inzwischen so groß geworden seien, dass sie an die Decke stießen und ständig zurückgeschnitten werden müssen. Dies entspreche nicht den heutigen Ansprüchen und dies zeigten auch alle vergleichbaren Häuser.

Zur Barrierefreiheit habe man nach vielen Gesprächen mit der StadtAG Behindertenpolitik und den Behindertenverbänden eine sehr gute Lösung gefunden. So biete die aktuelle Planung eine besondere Sicht auf die Pflanzen in 5 m Höhe und stelle eine 100 %-ige Barrierefreiheit in diesem Hause sicher.

Herr Jülich erläutert zu den Toiletten, dass man bei der Planung berücksichtigt habe, in unmittelbarer Nähe über ein komplett saniertes Gebäude und damit eine ausreichend groß dimensionierte Toilettenanlage für beide Geschlechter zu verfügen. Er räumt ein, dass diese nicht immer offen sei, wenn keine Veranstaltungen stattfänden. Am Gebäude seien jedoch zu den Öffnungszeiten offene Außentoilettenanlagen vorhanden. Er selbst sei zu unterschiedlichen Zeiten, auch bei starkem Besucherandrang, vor Ort gewesen und habe keine Beschwerden gehört, dass die Toiletten so stark frequentiert seien, dass sich Schlangen bildeten.

Daher sei man davon ausgegangen, Kosten einzusparen und es den Besucherinnen und Besuchern zumuten zu können, fußläufig Außentoiletten mitzubedenken.

Der Leiter des Botanischen Gartens Herr Dr. Anhalt geht auf das Thema Bildung ein. So handle es sich bei dem Projekt um ein Bildungsprojekt, das globales Lernen ermögliche und die Menschen in die Lage versetze zu verstehen, dass sich 90 % der Pflanzenwelt, die man für Ernährung, Kleidung und vieles andere benötige, in den Tropen und Subtropen befände. Daher müsse man sie erhalten und wolle dies im Botanischen Garten nachvollziehbar zeigen.

Zur Größe der Tropenhäuser in Zürich erläutert er, dass das Masoala Regenwaldhaus im Zoo Zürich eine überbaute Fläche von 0,5 ha bis 1 ha und eine lichte Höhe des mindestens 1,5-fachen des jetzigen Schauhauses habe, so dass man auf wesentlich mehr als 22.000 m³ komme. Auch das Gondwanaland im Zoo Leipzig sei sehr viel größer und habe 70 Mio. Euro gekostet, so dass er überzeugt sei, relativ günstig zu planen.

Das Ziel der Erhöhung sei es, auf der gleichen Grundfläche im Sinne der Bildungsaufgabe die tropische Pflanzenwelt erlebbar zu machen. Die historische Fläche und Anordnung der Schauhäuser sei auch ein Denkmal und liege an der Verbindung zwischen der historischen Flora und dem 50 Jahre später gebauten Botanischen Garten.

Herr Dr. Anhalt betont den hohen Stellenwert von Pflanzen und legt Wert darauf, diesen Stellenwert im Botanischen Garten und den Schaugewächshäusern weiter zu vermitteln.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Anhalt für seine engagierte Stellungnahme.

Herr Professor Königs beantwortet die Fragen zur energetischen Bauweise und zur Technik.

Wichtig sei, dass die für das Gewächshaus vorgesehene Form nicht nur eine Anlehnung sei, die sich an historischen Vorgaben orientiere, sondern auch technisch sinnvoll sei. Der gekurvte Verlauf des Daches ermögliche zu jeder Tages- und Jahreszeit einen senkrechten Einfall der Sonne und damit einen möglichst hohen UV-Eintrag in das Gewächshaus.

Energetisch sei der Stand von 2011 optimiert worden. Damals war der Einsatz von High-Tech-Glas noch nicht bauaufsichtlich zugelassen und man habe damals noch eine Kombination von Folie, Luft und Glas vorgesehen. Inzwischen sei der Einsatz von High-Tech-Glas möglich, werde in der neuen Version berücksichtigt und werde auch den Sicherheitsaspekten, die für eine Über-Kopf-Verglasung gelten sowie den energetischen Anforderungen hinsichtlich einer besseren Isolierung gerecht.

Herr Professor Königs sagt zu, noch die U-Werte zu ermitteln und diese Informationen nachzureichen.

SB Herr Becker fragt, ob es möglich sei, Gastronomie zu integrieren.

SE Herr Schallehn spricht den Vogelschlag an Glasfassaden an und fragt, ob dieser ausreichend berücksichtigt sei. Außerdem möchte er wissen, inwieweit hinsichtlich eines Copyrights des Architekten dessen Zustimmung bei späteren Änderungen, Erweiterungen o. ä. erforderlich sei.

RM Frau Akbayir fragt, ob eine Anbindung der Schulklassen in der neuen Planung berücksichtigt sei, so dass man Exkursionen und andere Veranstaltungen dort durchführen könne.

SB Herr Boyens stimmt der Aussage von Herrn Becker zu, Gastronomie im neuen Schaugewächshaus zu integrieren. Er schildert, dass im Botanischen Garten in Berlin Gastronomie vorhanden sei, welche als Publikumsmagnet fungiert habe. Er regt an, einen Deckungsbeitrag zu erwirtschaften.

Herr Boyens teilt die Ansicht von Herrn Dr. Albach, weshalb für ein derartiges Projekt 9 Mio. Euro ausgegeben werden müsse, wo an Schulbauten katastrophale Zustände herrschten und gibt dies zu bedenken.

SE Herr Dr. Ermert fragt, ob es möglich sei, den Status Quo zu erhalten, um die umfangreichen Finanzierungskosten zu sparen und die Stützen statt zu mieten zu kaufen.

SE Frau Röttger-Schulz dankt Herrn Kaune und seinem Team aus dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen für die fruchtbare Zusammenarbeit mit der StadtAG Behindertenpolitik, die eine Barrierefreiheit in diesem neuen Schaugewächshaus ermöglicht habe.

Herr Kaune antwortet Herrn Dr. Ermert, dass es sinnlos sei, diese Stützen zu kaufen, da die Betriebserlaubnis im Januar nächsten Jahres ablaufe, was bereits eine Verlängerung um ein weiteres Jahr bedeute. Anders sei dies bei der großen Ertüchtigung, wo zusätzliche Stahlstützen an die Pfeiler angebaut worden seien und eine Betriebserlaubnis für 5 Jahre erteilt worden sei.

An Herrn Becker und Herrn Boyens gewandt bemerkt er, dass eine Gastronomie sicher attraktiv sei, jedoch ein hohes wirtschaftliches Risiko berge, da die Flora saniert worden sei und mit ihrer professionellen Gastronomie den Bedarf abdecke.

Er wendet sich an Frau Akbayir und informiert sie, dass in der Grünen Schule Flora mit 7.500 Schülerinnen und Schülern pro Jahr das Modul „Schaugewächshäuser“ eine ganz wichtige Einrichtung sei. Hinzu kämen zahlreiche Führungen und Exkursionen.

Im Veranstaltungsprogramm des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen übernehme der Botanische Garten ca. 80 % der Veranstaltungen. Nahezu jeden Sonntag fänden dort Veranstaltungen, davon sehr viel in den Schaugewächshäusern statt. Die modifizierte Didaktik werde einen umfangreichen Mehrwert im neuen Schaugewächshaus darstellen

Herr Jülich nimmt zur Frage des Copyrights Stellung und betont, dass der Kontakt zwischen dem Architekten, Herrn Professor Königs, und der Verwaltung erfahrungsgemäß reibungslos funktioniere.

Herr Professor Königs erklärt, dass zu jedem mit Architekten geplanten Bau Urheberrechtsfragen zu klären seien. In diesem Gebäude seien jedoch keine Urheberrechtsfragen besonders betroffen. Er könne versichern, dass er keine Sonderrolle einnehmen möchte, sondern dass er jede Veränderung oder Erweiterung mit Augenmaß und

Kooperationswillen begleiten werde. Im Vordergrund stehe für ihn das Ziel, Funktionalität und technische Optimierung zu erreichen.

Herr Dr. Anhalt weist darauf hin, dass der Vogelschlag aufgrund der Kubatur kein Problem sei.

Herr Kaune ergänzt zum Kostendeckungsgrad, dass man einen moderaten Eintrittspreis gewählt habe (3 € für Erwachsene, 1 € für Kinder) und von 40.000 Erwachsenen und 20.000 Kindern ausgegangen sei. Diese Einnahmen stünden den 234.000 € gegenüber. Derzeit zahle man eine Miete von 44.000 €, die Abstützung koste 56.000 €. Hinzu komme noch die Abschreibung als Belastung für den Haushalt.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Welcker bittet, die U-Werte und die Fragen zu den Kosten für die Toiletten noch bis zur Sitzung des Finanzausschusses nachzureichen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum verwiesen in den Rat.

4.8 Aufstockung der jährlichen Zuwendungen für die NABU-Naturschutzstation Leverkusen- Köln e.V. ab 2016 1365/2015

SB Herr Dr. Albach bezieht sich auf das Konnexitätsprinzip und betont, dass diese Stelle vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) eingerichtet werden müsse. Er führt verschiedene anstehende Aufgaben auf, die laut Vorlage nicht mit dem vorhandenen Personal ausgeführt werden könnten. Die neu einzurichtende Stelle decke jedoch nach seinem Eindruck ausschließlich Anforderungen des LANUV bzw. des Landes an Berichtspflichten ab. Daher sei es nicht gerechtfertigt, dass die Stadt hier 20 % der Personalkosten übernehme.

Herr Liebmann ruft den Vortrag aus der letzten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün in Erinnerung, in dem Herr Halfenberg ausführlich dargelegt habe, welche Aufgaben die Naturschutzstation wahrnehme.

Herr Liebmann weist ausdrücklich darauf hin, dass nicht das Land all diese Aufgaben wahrnehmen müsse, sondern dass eine Reihe von Aufgaben, gerade im Monitoringbereich, Pflichtaufgaben der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) seien. Man müsse an diesem Punkt feststellen, dass ansonsten die Stadt Köln diese Pflichtaufgaben zu 100 % selbst erledigen müsse.

Daher, so hebt Herr Liebmann abschließend hervor, sei man der Meinung, dass die Stadt mit der 20 %-igen Eigenfinanzierung und der 80 %-igen Förderung durch das Land wesentlich besser gestellt sei. Hinzu komme die Sachkompetenz der Naturschutzstation, von der die Stadt ungemein profitiere

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Aufstockung des 20%igen städtischen Zuwendungsanteils zur finanziellen Unterstützung der NABU Naturschutzstation Leverkusen – Köln e.V. (Bio-station) um 17.065,60 € ab dem Jahr 2016 unter der Voraussetzung, dass der 80%ige Landeszuschuss um 68.262,40 € erhöht wird. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der umgehenden Umsetzung dieses Vorhabens.

Die Mittel werden bei der HPL Anmeldung ab 2016 im Teilplan 1401, Umweltordnung, - vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen berücksichtigt. Die erforderlichen zusätzlichen Mittel von 19.600,64 € für 2016, von 21.766,38 € für 2017 und von

24.473,57 € für 2018 werden bei der Hpl.-Aufstellung 2016 berücksichtigt und durch entsprechende Wenigeraufwendungen im TP 1401 kompensiert. Die Ausweitung der Maßnahme ist daher haushaltsneutral und führt nicht zur Ausweitung des bestehenden Defizits in der mittelfristigen Finanzplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

**4.9 Rettungshubschrauberstation Köln-Buchforst
Kostenerhöhungsbeschluss
0484/2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

**5.1 Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens
0255/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt, die bisherige Hafennutzung im Deutzer Hafen aufzugeben und den Standort als innerstädtisches Quartier für Wohnen und Arbeiten bei Erhalt der Großmühle zu entwickeln. Die planungsrechtliche Neuordnung erfolgt durch ein Bebauungsplanverfahren. Im Hinblick auf die Wohnnutzung sind die Belange des aktiven und passiven Lärmschutzes in besonderer Weise zu berücksichtigen. Das kooperative Baulandmodell wird angewandt.
2. Zur städtebaulichen Qualifizierung und Vorbereitung des Bebauungsplanverfahrens ist unter besonderer Berücksichtigung der wasserhaushaltsrechtlichen Anforderungen von der Verwaltung ein kooperatives Werkstattverfahren mit Beteiligung der Betroffenen sowie der Stadtgesellschaft durchzuführen. Die vorliegende städtebauliche Machbarkeitsstudie ist hierbei zu beachten.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, im laufenden Verfahren zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans für NRW (LEP/E) beim Land die Forderung nach Umwandlung des Deutzer Hafens in ein Quartier für Wohnen und Arbeiten einzubringen. Auf die bisher vorgesehene Darstellung als 'landesbedeutsamer Hafen' ist zu verzichten. Ebenso ist ein entsprechendes Änderungsverfahren des Regionalplans, Teilraum Köln, zu veranlassen.
4. Der sog. 'Moratoriumsbeschluss' des Rates vom 20.05.2010, mit dem die städtischen Gesellschaftsvertreter angewiesen werden, dass die HGK AG keine Miet- und Pachtverträge über 2020 hinaus abschließt, wird vorerst bis 2020 verlängert. Die notwendige Verlagerung der jetzt noch im Deutzer Hafen aktiven gewerblichen Unternehmen ist sozial- und wirtschaftlich verträglich vorzunehmen. Die Großmühle kann an ihrem Standort verbleiben und wird in die Umplanung integriert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

5.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Senkelsgraben in Köln Porz-Lind - Bebauungsplan 77359/04 0475/2015

RM Herr Dr. Welpmann meldet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Beratungsbedarf an und beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage.

- Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker stellt den von RM Herrn Dr. Welpmann mündlich vorgetragenen Vertagungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Vorlage zurück in seine nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung 0809/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. über die zum Entwurf betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05 für das Gebiet einer Erschließungsfläche zwischen André-Citroën-Straße und Hans-Kalscheuer-Straße, einer Fläche für eine Kindertagesstätte an der André-Citroën-Straße und einem Bereich Ecke Oberstraße/Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven —Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Nachtigallenstraße in Köln-Porz-Wahn
1337/2015

SB Herr Dr. Albach bemerkt, dass sich neben dem Hallenbad ein großer Parkplatz befinde, der vermutlich zwischen 18 Uhr und 9 Uhr nicht mehr genutzt werde. Herr Dr. Albach möchte wissen, ob man diesen Parkplatz nutzen könne, um die Stellplatzflächen im Bebauungsgebiet zu reduzieren und mehr Grünflächen zur Verfügung zu stellen.

Außerdem fragt er, wie kritisch dies für die wirtschaftliche Zukunft der von den Bebauungsplänen betroffenen Landwirte ist, denen Fläche aus der Pacht genommen werde. Er betont, dass diese Frage auch die beiden voraus gegangenen Beschlussvorlagen zu TOP 5.2 und 5.3 betreffe.

Herr Scheu informiert darüber, dass derzeit lediglich ein Planungskonzept, aber noch kein Bebauungsplanentwurf vorliege. Das bedeute, dass die Frage hinsichtlich Stellplätze jetzt noch nicht geprüft worden sei. Er werde die Frage aber mitnehmen und prüfen lassen, so dass sich die Möglichkeit im weiteren Bebauungsplanverfahren klären werde.

RM Herr Brust erinnert an einen Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss, alle Bebauungspläne solarenergetisch zu optimieren, also die Häuser richtig auszurichten. Anhand der Vorlage könne man jedoch sofort erkennen, dass alle Häuser verkehrt ausgerichtet seien. Herr Brust fragt, warum der Beschluss nicht eingehalten werde.

Herr Scheu erläutert, dass im Bebauungsplanverfahren viele verschiedene Belange gegeneinander abzuwägen seien. Im vorliegenden Fall habe der Vorhabenträger ein Konzept vorgelegt. Im weiteren Verfahren würden die Belange geprüft und können zu einer Modifikation des Planungskonzeptes führen.

Auf den Einwand von Herrn Brust, die bestehenden Gebäude im Süden seien richtig ausgerichtet und es würde sich anbieten, die anderen neuen Gebäude auch aus architektonischen Gründen genauso auszurichten, erwidert Herr Scheu, dass sich die Verwaltung in dem Bebauungsplanverfahren mit der passiv-solarenergetischen Optimierung auseinandersetzen werde.

Es gebe zwar den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses. Aus dem Baugesetzbuch sei jedoch keine Verpflichtung abzuleiten, mit diesem Thema primär so umzugehen. In der Regel sei es in diesen Verfahren eine Verhandlungssache zwischen Verwaltung und den zukünftigen Bauherren, einen Kompromiss zu finden.

Hinsichtlich der von Herrn Dr. Albach angesprochenen wirtschaftlichen Zukunft der von den Bebauungsplänen betroffenen Landwirte antwortet Herr Liebmann, dass in erster Linie das Liegenschaftsamt gefragt sei und man die Stellungnahme nachreichen werde. In solchen Fällen gebe es Pachtschutzverfahren, falls die Existenz von Landwirten bedroht sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) –Arbeitstitel: Nachtigallenstraße in Köln-Porz-Wahn– einzuleiten für das zurzeit landwirtschaftlich genutzte Gebiet nördlich der Nachtigallenstraße, westlich des Hallenbades Wahn, östlich der Bestandsbebauung an der Frankfurter Straße und südlich der Golfplatzanlage gemäß Anlage 1 mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau zu schaffen;
2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes gemäß Anlage 2 nach Modell 2 (Versammlung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Hierzu liegt nichts vor.

**7.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse
1061/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.3 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Brand in der Shell Rheinland Raffinerie Wesseling am 10.05.2015
1515/2015**

SE Herr Donath bemerkt, dass in diesem Fall verschiedene Aspekte betroffen seien wie die Ermittlung bzw. Einschätzung der Brandursache, das Gutachten über die tatsächliche Schadenshöhe, Konsequenzen für weitere Maßnahmen und die Umweltauswirkungen auf Wasser. Er vermute, dass zur nächsten Sitzung eine Sachstandsmitteilung zu den verschiedenen Aspekten vorgelegt werde.

Herr Liebmann weist darauf hin, dass der Brand sich nicht auf dem Gebiet der Stadt Köln ereignet habe und man sich im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung befinde. Das bedeute, man müsse viele Informationen über die Bezirksregierung einholen.

Herr Feyrer erklärt, die Feuerwehr habe über die möglichen Auswirkungen auf das Stadtgebiet Köln informiert. Ansonsten habe man keinerlei Möglichkeit, außerhalb des Gebietes der Stadt Köln weitere Informationen zu erhalten.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Liebmann und Herrn Feyrer. Falls es weitere Erkenntnisse gebe, bittet sie, den Ausschuss Umwelt und Grün darüber zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung und die Ausführungen von Herrn Liebmann und Herrn Feyrer zur Kenntnis.

**7.5 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 21.05.2015
1477/2015**

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende bittet, falls sich neue Dinge ergeben sollten, den Ausschuss Umwelt und Grün darüber zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 ÖKOPROFIT im Vergleich zu anderen Umweltmanagementsystemen
1431/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.7 Atomtransport durch Kölner Stadtgebiet während des Sturmtiefs "Niklas"
hier: Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln AN/0722/2015 vom
04.05.2015
1583/2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**8.1 Rheinboulevard Köln-Deutz; hier: Reinigungs- und Nutzungskonzept
1570/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.2 Beantwortung einer Anfrage von RM Herrn Brust zum Ratsbeschluss
vom 20.12.2011
1631/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3 Beantwortung einer Anfrage zur Kampagne "Stadtradeln" 1636/2015

SB Herr Becker bezieht sich auf die Stellungnahme, in der mit der angespannten Finanzlage argumentiert werde, 2015 nicht an der Kampagne teilzunehmen. Er fragt nach, wie hoch die Kosten seien. Auch sei er der Auffassung, es handle sich um eine sehr werbewirksame Maßnahme für Klima- und Umweltschutz, die man mit einem kleinen finanziellen Aufwand hätte umsetzen können.

Herr Liebmann geht auf die Haushaltsplanberatungen ein und stellt klar, dass die Haushaltstitel, die mit Klimaschutz zusammenhingen, praktisch gegen null tendierten. Insofern seien auch kleine Posten für die Verwaltung problematisch. Gleichzeitig müsse bedacht werden, dass die Haushaltstitel für die Öffentlichkeitsarbeit, ebenfalls eine freiwillige Aufgabe, durch die Sparmaßnahmen stark geschrumpft seien.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Einschränkungen von Straßenbeleuchtung durch Kronen hoher Straßenbäume Anfrage von RM Herrn Dr. Gutzeit

RM Herr Dr. Gutzeit bemerkt, im Kölner Straßenland gebe es oftmals Bäume, deren Kronen höher seien als die Straßenlaternen, was die Beleuchtung stark einschränke. Er sei bereits von Bürgerinnen und Bürgern deswegen angesprochen worden und fragt, wie man dieses Problem lösen könne bzw. an wen sich die Bevölkerung wenden könne.

Herr Kaune informiert darüber, dass dieses Problem auch Schilder betreffe, die durch Bäume verdeckt werden. Ebenso sei es bei der KVB bekannt, wenn Bäume Leitungen beeinträchtigen. Im Einzelfall spreche man sich mit den Abfallwirtschaftsbetrieben ab, vieles werde durch die KVB aber auch in Eigenregie erledigt.

Hinsichtlich verdeckter Straßenschilder erhalte das Grünflächenamt häufig Meldungen von Straßenbegehern vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik oder von Bürgerinnen und Bürgern. Diese können sich auch über die Behördenrufnummer 115 oder aber das städtische Callcenter 221-0 an die Stadt wenden.

Da es sich häufig um Verkehrssicherungsmaßnahmen handle, werden diese Mängel relativ schnell beseitigt. Deshalb empfehle er jeder Bürgerin und jedem Bürger, diese Nummern zu wählen, da man es begrüße, wenn die Kölner Bevölkerung auf derartige Dinge achte und das Grünflächenamt darauf hinweise.

Im Übrigen seien die Baumpflegekolonnen systematisch unterwegs, sodass 90 % der Gefahren aus eigener Kraft beseitigt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Beantwortung von Herrn Kaune zur Kenntnis.

gez. Katharina Welcker
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)